

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Angelika Schorer

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Walter Nussel

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Johann Häusler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Ganserer

Abg. Horst Arnold

Staatsminister Helmut Brunner

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Ruth Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13944 mit 17/13947)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13795 mit 17/13806)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13930 mit 17/13941)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13904 mit 17/13917)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Unsere erste Rednerin ist Frau Schorer. Bitte schön, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist schon oft über den ländlichen Raum gesprochen worden. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, dass die meisten Menschen, die im ländlichen Raum leben und arbeiten, sich dort wohlfühlen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Land- und Forstwirtschaft ein bestimmender Faktor für den ländlichen Raum ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie alle stimmen mir sicherlich darin zu, dass der ländliche Raum ohne leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft nicht die gute Zukunft hätte, die er tatsächlich hat. Dessen Stärke hängt sehr wohl mit der Stärke unserer Land- und Forstwirtschaft zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bäuerinnen und Bauern prägen und gestalten mit ihren Werten und Traditionen den ländlichen Raum. Ich gehe davon aus, dass sie das auch in Zukunft tun werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Die Landwirtschaft ist auch wichtig. Danke, Frau Präsidentin.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Bäuerinnen und Bauern für ihren Einsatz danken. Diesen leisten sie für die gesamte Gesellschaft. Der Dank dafür kommt manchmal etwas zu kurz. Die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses sind sich der Tatsache, dass die gesamte Gesellschaft von den Leistungen der Landwirte profitiert, natürlich besonders bewusst.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, eine aktive Politik für die bayerische Landwirtschaft, für die Waldbesitzer, für gute Ernährung, für vitale ländliche Räume ist zwingende Voraussetzung für eine gute Zukunft. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für die Landwirtschaft einsetzen. Im Doppelhaushalt spiegelt sich unser Engagement besonders wider.

Die vergangenen zwei Jahre waren von niedrigen Preisen in der Landwirtschaft geprägt. Umso wichtiger ist es, sich wie in der Vergangenheit auf Landes-, auf Bundes- und auf europäischer Ebene für unsere Landwirtschaft einzusetzen. Herr Staatsminister, für Ihren Einsatz danken wir Ihnen besonders. Die Bundesebene stellt aber nur 600 Millionen Euro zur Abfederung der negativen Folgen der niedrigen Preise für die

Landwirte bereit. Das reicht nicht aus. An der Verbesserung der Rahmenbedingungen muss intensiv gearbeitet werden. Dazu tragen wir mit unserem Doppelhaushalt bei.

Die Gesamtausgaben für unsere bayerischen Landwirte betragen in den Jahren 2017 und 2018 2,8 Milliarden Euro. Damit stehen 147 Millionen Euro mehr als bisher zur Verfügung. Daran wird unsere Handschrift deutlich. Es ist wichtig, dass wir den Landwirten zeigen, dass wir für sie eintreten. Die Steigerung um circa 5 % ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stärkung der circa 108.000 Familienbetriebe in Bayern ist nach wie vor ein Schwerpunkt unserer Politik. Die Mittel in der genannten Größenordnung tragen dazu bei, deren Einkommen zu stabilisieren. Dieses Ziel hatten wir auch bei der Erarbeitung dieses Doppelhaushalts im Blick.

Der bayerische Weg trägt seit über 40 Jahren zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft bei. Diese zeichnet sich durch ein Miteinander von Vollerwerbs-, Nebenerwerbs- und Haupterwerbsbetrieben aus. Es ist uns auch in den vergangenen Jahren gelungen, diese Struktur zu erhalten. Vor allem ist es wichtig, dass wir nach wie vor für das Prinzip "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" eintreten. Insofern unterscheidet sich die CSU von anderen politischen Richtungen; das zeichnet uns aus. Wir legen Wert darauf, dass dieses Prinzip auch in Zukunft zur Anwendung kommt. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir herausstellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Unser Kulturlandschaftsprogramm ist ein wichtiger Faktor. Jeder zweite Betrieb in Bayern hat es in Anspruch genommen. Der Landwirtschaftsausschuss ist stolz darauf, dass es gelungen ist, dieses Programm aufzulegen. Damit unterstützen wir die Mehrleistungen, die unsere Landwirte im Zusammenhang mit Agrarumweltmaßnahmen erbringen. Wir wollen auf diesem Weg weiter vorankommen. Deshalb stellen wir im Doppelhaushalt dafür weit über 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dennoch

können wir nicht alle Maßnahmen dafür öffnen. Insgesamt werden dann 260 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen. Auch daran wird deutlich, welche hohe Wertschätzung wir der Arbeit der Landwirte entgegenbringen und dass wir zur Stabilisierung ihrer Einkommenssituation bereit sind.

Ja, wir schauen auf ein schwieriges Jahr für unsere Bauern zurück. Daher ist es umso wichtiger, dass wir den Blick auf die Landwirtschaft insgesamt und insbesondere auf die benachteiligten Bereiche werfen. Für von der Natur benachteiligte Gebiete stellen wir ebenfalls mehr Mittel als bisher zur Verfügung. Die Ausgleichszulage, die der Freistaat seit Jahren gewährt, ist eine besondere, bundesweit anerkannte Leistung, die uns von anderen Bundesländern positiv unterscheidet. Wir nehmen auch insoweit einen Spitzenplatz ein.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Vermarktung unserer hochwertig erzeugten Produkte müssen wir ebenfalls besonders im Blick haben. Unsere bayerischen Produkte haben Spitzenqualität, und diese braucht eine optimale Vermarktung. Das konnten wir vor Kurzem wieder erleben. Einige Kolleginnen und Kollegen waren gemeinsam mit unserem Landwirtschaftsminister zu Besuch in Japan. Auch dort wird die Spitzenqualität unserer Produkte besonders geschätzt. Deswegen ist es richtig, Herr Staatsminister, dass für die Förderung der Vermarktung unserer hochwertigen Produkte 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Für eine besondere Premium- und Genussstrategie wird eine weitere Million Euro draufgelegt. Damit können wir die intensive Nutzung dieses Wertschöpfungspotenzials intensiv voranbringen und die Landwirtschaft insgesamt unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, obwohl es heute schon in zahlreichen Debatten über verschiedene Einzelhaushalte zur Sprache kam, möchte auch ich betonen, dass der ländliche Raum enorm wichtig für uns alle ist. Wir müssen ihn immer im Blick haben. Die hohe Lebensqualität im bayerischen ländlichen Raum ist auch Folge der baye-

rischen Politik der vergangenen Jahrzehnte. Ich greife exemplarisch die Dorferneuerung heraus; wir wollen sie weiter voranbringen. Neben der Verbesserung der Lebensqualität müssen wir auch die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft im ländlichen Raum ansprechen. Das geht nicht ohne Euro und Cent. Deswegen ist es notwendig, den entsprechenden Ansatz im Doppelhaushalt zu erhöhen. Wir stellen für diesen speziellen Bereich 130 Millionen Euro zur Verfügung; das sind 23 Millionen mehr als bisher.

Auch auf unsere Waldbauern möchte ich den Blick richten. Wald- und Forstpolitik in Bayern sind ein wichtiger Faktor der Politik der Staatsregierung. Wir sind auch in diesem Bereich ganz vorn dabei. Bayern ist Waldland Nummer eins. Wir reden nicht nur vom Klimawandel, sondern wir handeln entsprechend. Der Sturm "Niklas", die Trockenheit und der Schädlingsbefall zeigen, dass auch für unsere Waldbauern entsprechende Mittel notwendig sind. Die 3 Millionen Euro pro Jahr, die dafür zusätzlich im Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt werden, bedeuten 15 % mehr für die notwendigen Maßnahmen. Wir sollten im Blick behalten, wie sich das Ganze entwickelt, um in einem Nachtragshaushalt, wenn es notwendig ist, nachzusteuern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik. Das betone nicht nur ich. Ich bin dankbar, dass dies auch im Landwirtschaftsausschuss immer wieder erwähnt wird. Wir alle sind uns der Bedeutung der Landwirtschaft bewusst.

Auch die bayerische Landwirtschaft ist durch eine Vielfalt an Betriebsformen gekennzeichnet. Allerdings entscheidet nicht allein die Größe über den Erfolg; wichtig ist auch der entsprechende Unternehmergeist. Wir unterstützen alle Betriebsformen. Auch dieser Aspekt unterscheidet unsere bayerische Landwirtschaftspolitik von der Landwirtschaftspolitik in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Der bayerische Weg ist und bleibt richtig. Er ist aber kein Selbstläufer. Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen ein großes Lob dafür aussprechen, dass Sie diesen Weg nicht nur beschreiten, sondern auch an neue Gegebenheiten anpassen und Stück für Stück weiterentwickeln. Es ist wichtig, vorne mit dabei zu bleiben. Dafür ein herzliches Dankeschön. Lassen Sie uns weiter für unsere Landwirtschaft in Bayern nicht nur gemeinsam kämpfen, sondern auch gemeinsam etwas voranbringen.

Ich bitte natürlich um Zustimmung zum Doppelhaushalt und möchte nur eine Anmerkung machen. Kollegin Wittmann wird unsere Fraktionsinitiativen noch einzeln ansprechen. Ich danke schon im Voraus für die Zustimmung – vielleicht gelingt dies ja bei unserem Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schorer. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Strobl. Bitte schön, Herr Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Berichterstatter für den Einzelplan 08 im Haushaltsausschuss habe ich die Ehre, auch diesen Haushalt und unsere Initiativen dazu vertreten zu dürfen. Ich mache das sehr gerne, weil es bei der Landwirtschafts- und der Forstpolitik um unsere Heimat, um unsere Landschaft und um die Erzeugung von gesunden Lebensmitteln geht. Ich glaube, wir sind uns auch in vielen Dingen einig, aber es gibt natürlich viele Punkte, zu denen wir selbst Anträge eingereicht haben, mit denen wir verstärkt unsere Sichtweise erläutern und voranbringen wollen.

Wenn wir heute über den Einzelplan 08 – Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – sprechen, sollten wir uns auf ein gemeinsames Ziel verständigen, nämlich den Erhalt einer bäuerlichen und eigentümergeprägten Landwirtschaft und einer Landwirtschaft, die auch von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben kann. Schon in der Bayerischen Verfassung wird in Artikel 164 von einem menschenwürdigen Auskommen und einem angemessenen landwirtschaftlichen Einkommen gesprochen. Ein angemesse-

nes und gerechtes Einkommen ist in allen Wirtschaftsbereichen eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Gefüges in unserer Gesellschaft. Unsere Landwirtschaft bereichert den ländlichen Raum wirtschaftlich und kulturell. Sie muss deshalb für besondere und von der Gesellschaft eingeforderte Leistungen, also zum Beispiel Landschaftspflege usw., entsprechend entlohnt werden.

Die Aufgabe der bayerischen Landwirtschaftspolitik ist es, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Unsere Aufgabe als Opposition ist es, Anstöße zu geben und aufzuzeigen, wo es zusätzlichen Handlungsbedarf gibt. Ich bedanke mich deshalb bei unseren Mitgliedern im Landwirtschaftsausschuss, nämlich bei unserem Sprecher Horst Arnold und den weiteren Mitgliedern Ruth Müller, Herbert Woerlein und Florian von Brunn.

(Beifall bei der SPD)

Wer, wenn nicht die starke, kleinteilige Landwirtschaft in Bayern, könnte die Chancen eines Labels mit hohen Tierschutzstandards zur Erschließung eines hochpreisigen und gesellschaftlich gewünschten Marktes nutzen? Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben beim Kauf von Fleisch und Fleischprodukten den Wunsch, über die Haltungsform der Tiere informiert zu werden. Dem muss von politischer Seite aus Rechnung getragen werden. Deshalb haben wir entsprechende Mittel für die Schaffung eines bayerischen Tierwohl-Labels gefordert.

Die bayerische Berglandwirtschaft ist ein Garant für Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Um die regionale Wertschöpfung im Alpenraum weiter zu stärken, bedarf es der Schaffung eines staatlichen Labels für die vor Ort erzeugten Produkte.

In diesem Haus wird viel vom Ausbau des Ökolandbaus gesprochen. Ohne eine deutliche Aufstockung der Fördermittel – das muss uns klar sein – wird die Ankündigung der Staatsregierung, den Ökolandbau gegenüber 2012 zu verdoppeln, nicht zu schaffen sein.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell existieren in Bayern rund 8.100 Biobetriebe, etwa 50 % weniger als anvisiert. Natürlich muss auch bei der Ernährungsbildung etwas geschehen, damit ein besserer Markt geschaffen wird.

Die Förderung des heimischen Eiweißpflanzenanbaus sollte eine gemeinsame Forderung aller Parteien im Landtag sein. Alternativen könnten erforscht werden, beispielsweise der Lupinenanbau und der Mischanbau von Mais. Dies beinhaltet unserer Meinung nach aufgrund der positiven Effekte der Silage ein enormes Potenzial für die Rinderfütterung.

Der Gewässer- und Grundwasserschutz im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm wurde in den vergangenen Jahren unserer Meinung nach leider sträflich vernachlässigt. Dabei steht gerade die Landwirtschaft oftmals im Kreuzfeuer – was nicht sein müsste –, wenn es vor Ort Probleme gibt. Wir wollen, dass die Akzeptanz der nachhaltigen Landwirtschaft gefördert bzw. erhalten wird. Dazu ist es erforderlich, sämtliche Maßnahmen im Bereich des Boden- und Gewässerschutzes sowie die Maßnahme B 28 – Umwandlung von Acker- in Grünland – ab dem Jahr 2017 wieder anzubieten.

In unserem Antrag haben wir auch gefordert, den Anbau von mehrjährigen Energiepflanzen stärker zu fördern. Wir sehen ihn als eine Möglichkeit, erosionsarm und mit minimalem Pestizideinsatz hochwertige Biomasse für die energetische Nutzung zu produzieren. Ackerwildkräutermischungen haben sich hinsichtlich der Methanausbeute bewährt. Eine Förderung dieser Pflanzen über das Kulturlandschaftsprogramm kann die Zahl der Anbauflächen steigern und dazu beitragen, die relative Vorzüglichkeit des Anbaus dieser Pflanzen gegenüber dem reinen Maisanbau zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zum Klimawandel. Dieser wird uns alle, auch die bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, über Jahrzehnte hin beschäftigen. Durch die immer größer werdenden Auswirkungen des Klimawandels auf die bayerischen Wälder treten vermehrt Kalamitäten infolge von Sturmereignissen oder Schädlingsbefall auf, die bay-

ernweit flächenmäßig bedeutsame Umbaumaßnahmen und Neuanpflanzungen nach sich ziehen. So haben im Jahr 2016 die zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht mehr ausgereicht, sodass die Bewilligungen der bereits durchgeführten Maßnahmen auf das Jahr 2017 verschoben werden mussten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Mittel nach den derzeitigen Ansätzen in den kommenden Jahren ebenfalls nicht ausreichen werden. Die Verlässlichkeit der Förderung des Waldumbaus muss deshalb mit einer Erhöhung dieser Mittel wieder sichergestellt werden. Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind verstärkt auf eine neutrale staatliche Beratung angewiesen. Diese Beratung wird derzeit über Projekte und befristete Stellen sichergestellt. Die Entfristung der Stellen zum Jahreswechsel ist angesichts der wachsenden und dauerhaften Herausforderungen für uns unabdingbar. Wir brauchen unbedingt zusätzliches Personal für den Forstbereich. Es muss gewährleistet bleiben, dass die Unterstützung der Kommunen bei der Bewirtschaftung der Kommunalwälder durch die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mindestens auf aktuellem Niveau erhalten bleibt. Die Ankündigung der Staatsregierung, die Vereinbarungen des Paktes für den Kommunalwald für Kommunen mit über 200 Hektar Wald aufzukündigen, war ein Schlag ins Gesicht vieler bayerischer Städte.

(Beifall bei der SPD)

Ich betone noch einmal: Die Kommunen benötigen auch weiterhin dringend die Unterstützung der Forstverwaltung, um die öffentlichen Wälder vorbildlich zu bewirtschaften. Jeder, der in einem Stadtrat oder einem Gemeinderat ist, weiß, wie wichtig das ist.

Der Waldumbau in klimatolerante Mischwälder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um auch in Zukunft die vielfältigen Funktionen des Waldes zu sichern. Wir sehen die Anpassung unserer Wälder an die neuen Herausforderungen als eine gesamtgesellschaftlich relevante Aufgabe an, bei der der Staat mit einer neutralen Beratung unterstützend mitwirken muss.

In Bayern gibt es knapp 150 forstliche Zusammenschlüsse. Die Anforderungen werden in Zukunft weiter steigen, zum Beispiel aufgrund von Waldpflegeverträgen, insbesondere bedingt durch die steigende Zahl von Waldbesitzern. Es ist auch interessant zu hören, wie die Leute zu einem Waldbesitz gekommen sind. Nimmt man an Versammlungen teil, dann erfährt man davon. Es gibt eine steigende Zahl von Waldbesitzern aus dem urbanen Umfeld. Wegen dieses größer werdenden Aufgabenprofils sind mehr Finanzmittel notwendig.

Ich komme jetzt zum nächsten Thema. Um den Anforderungen der Landwirtschaft gerecht zu werden, sind die gemeindeübergreifenden Wege den heutigen Anforderungen der Landwirtschaft anzupassen. Die Wege sind den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Sie entsprechen den Anforderungen der heutigen Maschinen in der Landwirtschaft nicht mehr. Der Ausbau des Kernwegenetzes ist sicherlich eine Mammutaufgabe, die wir gemeinsam meistern müssen. Die Ämter für Ländliche Entwicklung haben sich zu wichtigen Partnern für die Kommunen entwickelt. In Bayern sind in den Kommunen circa 100.000 km Kernwege und etwa 80.000 km Grünwege zu unterhalten. Die notwendige komplette Erneuerung dieses Netzes würde circa 9 Milliarden Euro kosten. Der jährliche Unterhalt dieser Wege schlägt mit geschätzten 350 Millionen Euro zu Buche. Das Kernwegeprogramm ermöglicht eine Förderung.

An den Ämtern für Ländliche Entwicklung ist nicht nur ein erheblicher Förderrückstand, sondern auch ein Bearbeitungsrückstand entstanden. Dieser führt teilweise zu erheblichen Wartezeiten für die Gemeinden. Bei 265 Verfahren liegt zwischen Antragstellung und Einleitung von Maßnahmen ein Zeitraum von 10 bis 20 Jahren. Bei 46 Verfahren beträgt dieser Zeitraum mehr als 20 Jahre. Mit den bisherigen Stellen und den bisher eingeplanten Fördermitteln können der mittlerweile in der Bayerischen Verfassung verankerte Staatsauftrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und das Ziel der Dorferneuerung nicht erreicht werden. Daher sind die von uns beantragten Stellen dringend notwendig.

Jetzt komme ich noch zu den Imkern. Eigentlich ist die Bedeutung der Imker jedem bewusst. Es ist kein Geheimnis, dass es auf dem Land zunehmend schlechtere Honigernten gibt. Die Hungerphasen der Bienen nehmen zu. Die Imkerei kann der Landwirtschaft nicht schaden. Dagegen könnte eine falsche Landwirtschaft der Imkerei sehr stark schaden. Die hervorragende Nachwuchsarbeit der vielen Ehrenamtlichen in den Bayerischen Imkervereinigungen führt erfreulicherweise dazu, dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Jungimkern ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir stellen Gott sei Dank fest, dass es wieder mehr junge Imker gibt. Angesichts steigender Zahlen ist eine Aufstockung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Bienenhaltung überfällig. Damit kann auch die Wertschätzung für diese immens wichtige Aufgabe ausgedrückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen arbeiten über 240.000 Menschen in der bayerischen Landwirtschaft, und über 96.000 Menschen sind in Nebenerwerbsbetrieben beschäftigt. Uns muss klar sein, dass der Erhalt des sozialen Gefüges im ländlichen Raum nur mit einer intakten Agrarstruktur möglich ist. Ich sage das hier noch einmal: Unser Ziel ist der Erhalt einer bäuerlichen und eigentümergeprägten Landwirtschaft. Diese Landwirtschaft soll von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben können, und sie soll den ländlichen Raum sowohl wirtschaftlich als auch kulturell bereichern. Zum Schluss sei noch gesagt: Wir dürfen nicht vergessen, dass es bei allen Entscheidungen im Bereich der Agrarpolitik um unsere Ernährung, um Menschen, Tiere, unsere Natur und die Umwelt geht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Strobl. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Nussel hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Strobl, ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen. Erstens. Kennen Sie den Inhalt des Waldpaktes? Als die Forstreform gelaufen ist, resultierte daraus der Waldpakt. Dieser wurde mit den Verbänden, den Vereinigungen und den Forstbetriebsgemeinschaften geschlossen. Wenn Sie den Inhalt kennen würden, dann hätten Sie Ihre Beiträge zur Forstwirtschaft aus meiner Sicht etwas anders gestalten müssen.

Zweitens. Ist Ihnen bekannt, dass wir in Bayern landwirtschaftliche Lehranstalten haben, die bereits in der Pflanzenforschung zum Eiweißgehalt von Lupinen und verschiedenen Gräsern tätig sind? Dafür werden auch Gelder bereitgestellt. Teilweise kommt das Geld dafür auch aus den Bezirkstagen. Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Es gehört der Fairness halber dazu, festzustellen, dass es hier bereits Aktivitäten gibt, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Ich komme jetzt wieder zurück zu den Waldbauern, den Waldbesitzern und den forstwirtschaftlichen Vereinigungen. Ich war gestern in Niederbayern auf einer Mitgliederversammlung der Forstbetriebsgemeinschaften. Dort ist die Stimmung teilweise eine andere. Die Leute sind schon froh, dass sie durch die Förderumstellung dank des Waldpaktes über qualifiziertes Personal verfügen. Dadurch können sie auch den Kleinst-Waldbesitzer fördern. Zusätzlich wird natürlich auch der Kommunalwald gefördert. Hier bitte ich auch die SPD, dass ihr euch das genau anschaut. Danach können wir miteinander diskutieren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Nussel. – Herr Strobl, bitte.

Reinhold Strobl (SPD): Selbstverständlich ist unser Ziel, dass wir damit auch die Kleinen fördern und unterstützen. Wenn man an Versammlungen teilnimmt, dann stellt man fest, wer heute alles Forstbesitzer ist. Diese können das nicht selber leisten. Diese müssen wir natürlich unterstützen. In den großen Dingen sind wir uns auch einig. Unser Bestreben muss sein, das Ganze nochmals anzuschieben und darauf hinzuweisen, wo unserer Meinung nach noch Handlungsbedarf besteht. Das machen

unsere Leute im Landwirtschaftsausschuss sicherlich sehr gut. Vielleicht würde es nicht schaden, wenn Sie ab und zu auch mal diese Argumente aufnehmen könnten. Wenn Sie zu den Leuten kommen, dann hören Sie vielleicht etwas anderes, als wenn wir zu den Leuten kommen. Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte. Wir müssen gemeinsam in diese Richtung arbeiten, damit die Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft Bestand hat und über entsprechende Einnahmen verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Strobl. – Jetzt erteile ich dem Kollegen Dr. Herz das Wort. Bitte schön, Herr Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer! Wir haben vorher über die Wirtschaftspolitik gesprochen. Ich glaube, wir sollten uns alle vergegenwärtigen, dass zur Wirtschaftspolitik auch die Landwirtschaft gehört. Ein grundlegender Unterschied zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft ist, dass Wirtschaftsbetriebe verlagert werden können. Die Wirtschaftsbetriebe können auf der ganzen Welt ihre Produkte produzieren. Aber die Landschaft kann man nicht von einem Ort zum nächsten verlagern. Die Landschaft muss gestaltet werden. Das ist der große Unterschied zwischen Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik. Wenn man durch Bayern fährt, dann könnte man meinen, dass alles in bester Ordnung ist. Wir haben wunderbare Wälder, die durch die Bewirtschaftung der Menschen in diesen Zustand gebracht worden sind. Ganz im Süden Bayerns haben wir saftiges Grünland. Dieses geht dann allmählich in Ackerbau über. Am Bodensee und im Nordwesten Frankens, in Unterfranken, haben wir wunderbare Weinberge. Jetzt habe ich unsere bayerische Landschaft in groben Zügen beschrieben. Aber das ist nicht selbstverständlich. Hier möchte ich bewusst Danke sagen. Ich möchte mich bei den Land- und Forstwirten, den Bäuerinnen und Bauern und den Familien bedanken. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist mehr als nur Landwirtschaft. Sie ist auch ein Beitrag für die Öffentlichkeit, für den Tourismus und für die Zukunft unseres Landes. Das kann man nicht oft genug betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei darf es nicht bei der Betonung bleiben, sondern wir müssen den Beweis durch unser Handeln antreten.

Ich darf in aller Kürze auf die gestrigen Ausführungen zu sprechen kommen. Wir haben in diesem Hause zu den verschiedensten Themen der Landwirtschaft unterschiedliche Meinungen gehört. Ich erinnere an die Aussagen des Kollegen Hartmann – das war ein starkes Stück –, der die bayerische Landwirtschaft mit den Begriffen "verseuchtes Wasser, chemieverseuchte Lebensmittel" skizzierte. So geht es nicht. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Es gibt in allen Bereichen schwarze Schafe. Aber die bayerische Landwirtschaft so zu dokumentieren und darzustellen, das geht nicht. Freuen Sie sich auf dieser Seite jedoch nicht zu früh. Wir wollen hier ein paar Themen aufgreifen, die Sie von der Staatsregierung und von der CSU sträflich vernachlässigen. Ich komme später noch auf die Zahlen zu sprechen, die ein erfreuliches Wachstum belegen.

(Zuruf von der CSU)

Liebe Kollegen von der CSU, Sie haben es beispielsweise zugelassen, dass Agrarminister Schmidt fast über ein Jahr hinweg die Märkte verharmlost hat. Als es bereits fünf nach zwölf war, wurde am Milchmarkt immer noch keine Krise erkannt. In Brüssel wurde der Beschluss zur betäubungslosen Ferkelkastration gefasst, den die Länder überarbeiten sollten. Sie haben zugelassen, dass dieser Beschluss 2019 in Deutschland als erstem Land eingeführt werden muss. Sie haben auch zugesehen, wie im Lebensmitteleinzelhandel Zustände entstanden sind, die jeder Beschreibung spotten. Wir haben in Deutschland die niedrigsten Lebensmittelpreise. Nach intensiven Kontakten hat man mir mitgeteilt, dass es nicht nötig ist, hierüber weiter mit dem Bundeskar-

tellamt zu verhandeln, man sei auf einem guten Weg. Sie haben aber neulich wieder zugeschaut, als sich EDEKA und REWE Tengelmann aufgeteilt haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach geh'!)

Wenn Sie das weiterhin zulassen, leisten Sie Beiträge, die die bäuerliche Landwirtschaft existenzgefährdend beeinträchtigen. Das muss klar festgestellt werden.

Zu den einzelnen Bereichen. Der Agraretat hat mit 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2017 und mit 1,42 Milliarden Euro im Jahr 2018 einen beachtenswerten Umfang. Aber wir stehen 2017 und 2018 vor Wahlen. Das ist für Sie nichts Neues. Damit erklärt sich ein Teil der erheblichen Wiederaufstockung dieses Etats. Auch das ist nichts Neues. Aber das muss betont werden, sonst könnte draußen der Eindruck entstehen: Die tun ja etwas für uns. Das also zunächst zu diesem Hintergrund.

Erfreulicherweise haben Sie das Kulturlandschaftsprogramm mit 256 Millionen Euro im Jahr 2017, mit 264 Millionen Euro im folgenden Jahr und jetzt mit 70 Millionen Euro mehr ausgestattet. Dadurch wird die Nachfrage immer noch nicht befriedigt. Zudem muss man wissen – das geht bei all diesen Lobeshymnen unter, die wir seit gestern früh von dieser Seite hören –, dass Sie sich gegenseitig die Bälle zuspielen und Lobeshymnen verteilen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Man muss natürlich hinzufügen: Sie haben vorher 19 Maßnahmen verabschiedet, die Sie nicht mehr angeboten haben. Eine weitere Maßnahme lief nur bis zum Jahre 2015. Damit kommen wir also wieder auf ein relativ niedriges Niveau. Aber die zusätzlichen 70 Millionen Euro sind ein erfreulicher Tatbestand. Dadurch wird das Programm sicher wieder sehr attraktiv.

Was die einzelnen Bereiche anbelangt, möchte ich in aller Kürze betonen: Die Kürzung des einzelbetrieblichen Förderprogramms AKP ist nicht für die gesamte Landwirtschaft erfreulich. Durch dieses Programm mit einer Obergrenze von 400.000 Euro

werden sicher die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe gestärkt. Aber insgesamt gehen Finanzmittel verloren.

In Bezug auf die Haushaltsanträge ist des Weiteren zu erwähnen, dass wir insgesamt das folgende große Problem haben: Wir stellen ebenso wie Sie von der SPD und den GRÜNEN Anträge. Aber alle Anträge wurden unisono abgelehnt. Das erweckt natürlich den Eindruck, dass wir das mehr oder weniger nur deshalb machen, damit es getan wird. Daher möchte ich diese Seite des Hauses deutlich auffordern: Setzen Sie sich bitte in Zukunft mit den Anträgen intensiver auseinander; denn sie werden nicht aus Jux und Tollerei, sondern mit der ernsthaften Absicht gestellt, sie in der Praxis umzusetzen. Also bitte die Anträge in Zukunft nicht einfach durchwinken und ablehnen! Das trägt der notwendigen Ernsthaftigkeit sicherlich nicht Rechnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus müssen wir Folgendes kritisieren: Sie reden immer davon, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Warum werden dann die Anträge für die einzelnen Erzeugerringe, für die LKP und LKV, abgelehnt? Das wären Förderungen in die Zukunft. Hauptpunkt ist nicht der Kormoran, sondern die Ernährungsbildung in Bayern. Wir haben neulich über die Leitkultur gesprochen. Unsere Nahrung wird immer mehr auf die moderne amerikanische Art erzeugt. Deshalb ist es sehr wichtig, eine Ernährungsberatung zu installieren, und zwar nicht nur kurzfristig und befristet, sondern in Form fester Stellen. Das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Beim Agrarmarketing ist es ebenso. Herr Minister Brunner hat im Ausschuss sehr richtig gesagt, dass durch den Wegfall des Anteils der Centralen Marketinggesellschaft für die Agrarwirtschaft ein Vakuum entstanden ist und wir in Bayern Produkte haben, für die wir Absatzmärkte suchen müssen. Zum Beispiel für Fleisch und Milch etwa brauchen wir dringender denn je Absatzmärkte. Nicht auszudenken, wie lächerlich es wäre, wenn die Verhandlungen mit TTIP zu dem Ende führen würden, dass wir amerikanische hormonverseuchte Ware zu Billigstpreisen bekämen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher wäre es sehr wichtig, mittels Antrag diesen Bereich weiter zu fördern. Ich könnte weitere Beispiele anführen. LEADER-Mittel wurden abgelehnt.

In den großen Bereichen, die der Kollege von der SPD eben angesprochen hat, etwa in der ländlichen Entwicklung, in der Landwirtschaftsverwaltung und im Forstbereich – ich will es nicht wiederholen – fehlt eindeutig Personal. Bitte, denken Sie auch darüber noch einmal nach, dass wegen der Einsparungen in den Bezirken ab 200 Hektar das Personal verteilt werden muss.

Zum Schluss möchte ich noch zwei nicht unwichtige Themen ansprechen, auf die das Augenmerk gerichtet werden muss. Wenn es kein CSU-Landrat gewesen wäre, hätte ich es gar nicht gesagt. Aber ein CSU-Landrat hat mich dringend gebeten, die Bergwald-Offensive in solchen Bereichen weiterzuführen, damit Planungssicherheit besteht; denn diese haben wir hier nicht. Hier sind größere Bedürfnisse entstanden. Wenn beispielsweise im Allgäu 11 Projekte durchgeführt worden sind, aber weitere 30 Projekte anstehen, müssen wir hier nachbessern.

Ganz zum Schluss möchte ich sagen: Was die Forderung in Höhe von 30 Millionen Euro zur Beseitigung von Sturmschäden angeht, sind Ihnen die zwei Leute, die dies forderten, sehr gut gesonnen. Aber Sie haben zunächst nur mit 5,7 Millionen Euro nachgebessert. Diese 30 Millionen Euro werden nicht aus Jux und Tollerei gefordert, sondern betreffen die Schäden 2015 und 2016, die aufgearbeitet werden müssen und zusätzlich zum Waldumbau beitragen sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Herz. Herr Herz, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Nochmal der kleine Hinweis, dass die Zwischenintervention am Redepult angezeigt wird, also gegen Ende der Rede bitte darauf ach-

ten. Das gilt natürlich für alle. Ich erteile jetzt dem Kollegen Schöffel das Wort für eine Intervention.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege, Sie haben uns bei verschiedenen Themen, die uns auch umtreiben, vorgeworfen, wir hätten nur zugeschaut. Sie haben die Ferkelkastration und den Milchmarkt genannt. Uns zu sagen, wir hätten zugeschaut, ist eine Unverschämtheit. Sie wissen genau, dass wir im Agrarausschuss intensiv darüber diskutiert haben. Wir haben Initiativen auf allen politischen Ebenen auf den Weg gebracht. Hinsichtlich der Ferkelkastration kommt die größte Gefahr jedoch vom Lebensmitteleinzelhandel. Zum Milchmarkt haben wir ein umfangreiches Paket an Forderungen im Bayerischen Landtag vorgelegt, das auch umgesetzt wurde. Wenn Sie für die FREIEN WÄHLER sprechen, müssen Sie darlegen, dass Sie null Komma null Einfluss auf die Bundesebene haben. Sie können auf der Bundesebene überhaupt nichts bewegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie könnten es, tun es aber nicht! Sie haben einen Agrarminister!)

Im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments fallen die Beschlüsse hauptsächlich einstimmig. Dort stimmt Ulrike Müller mit unseren Vertretern. Auf Bundesebene wurde ein Paket mit knapp 600 Millionen Euro für den Milchmarkt auf den Weg gebracht. Dieses Paket enthält Zuschüsse an die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Zudem enthält es Bemühungen, eine Steuerglättung zu erreichen. Das ist wichtig für die Landwirtschaft. Dazu haben Sie nichts beigetragen.

Es wird immer wieder dargelegt, wie wichtig die Förderung der ersten Hektare ist. Das ist eine Erfindung Bayerns. Das hat Staatsminister Brunner durchgesetzt und nicht Sie. Sie müssen die Aussage, wir hätten nur zugeschaut, wieder zurücknehmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Schöffel. Herr Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Schöffel, die Unsachlichkeit Ihrer Beiträge ist für mich nichts Neues.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich wäre überrascht gewesen, hätten Sie heute einmal einen konstruktiven Beitrag geleistet.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Hoffnung hat getrogen.

Beim Milchmarkt haben Sie bis kurz vor Schluss gewartet und sich feiern lassen, weil Sie die Milch aus dem Markt gekauft haben. Das Programm kam zu spät. Als die Maßnahme kam, konnte sie nicht mehr richtig wirken, weil der Preis schon wieder gestiegen ist. Für eine solche Maßnahme sind 150 Millionen Euro viel zu wenig. Die Entschädigungspreise sollten sich am Marktpreis orientieren.

Sie haben auch die Ferkelkastration angesprochen. Dort hinten sehe ich meinen Kollegen Johann Häusler. Dieser hat mir berichtet, dass unser Antrag im Ausschuss von Ihrer Fraktion abgelehnt worden ist. Wir haben mit dem Antrag gefordert, dass die Maßnahme der betäubungslosen Ferkelkastration zunächst ausgesetzt wird, bis den Ferkelerzeugern sinnvolle Maßnahmen angeboten werden können. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Jetzt werfen Sie uns vor, wir hätten dazu nichts beigetragen. Ich glaube, jede weitere Wortmeldung hierzu wäre überflüssig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herz. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich etwas vorausschicken. Ich finde es unerträglich, mit welcher Überheblichkeit die CSU-Fraktion seit zwei Tagen über den Haushalt debattiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Überheblichkeit gipfelt in den Äußerungen zum Riedberger Horn. Glücklicherweise sitzt der Justizminister noch da. Ich finde es unglaublich, dass dem Rechtsbruch offen das Wort geredet wird. Das Riedberger Horn fällt unter ein internationales Abkommen. Das ist wahrscheinlich bei der bayerischen CSU noch nicht angekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Was Sie fordern, finde ich ziemlich dreist. Das ist eine Willkürhandlung. Sie sagen: Wenn uns das Gebiet dort nicht gefällt, verlegen wir es einfach. In Zukunft kann man sich dann alle internationalen Abkommen sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt führen wir eine Debatte zum Landwirtschaftshaushalt.

(Mechthilde Wittmann (CSU): Echt jetzt?)

Niemand wird leugnen, dass wir mehr für den Klimaschutz, den Naturschutz, den Wasserschutz und den Tierschutz machen müssen. Was ist für uns alle wirklich wichtig? – Das ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen. Die Landwirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen. Am Wasserschutz in der Landwirtschaft führt kein Weg vorbei. Als Stichworte nenne ich die Wasserrahmenrichtlinie und die Düngeverordnung. Ich glaube, mehr brauche ich dazu nicht sagen.

Wir brauchen den Naturschutz in der Landwirtschaft. Das Sterben von Bienen, Schmetterlingen und Vögeln hat schon längst begonnen. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Bis jetzt haben die ganzen Millionen, die wir in diverse Programme gesteckt haben, noch nicht geholfen.

Wir brauchen Klimaschutz in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft verursacht 11 % der Treibhausgase. Anstatt dem entgegenzuwirken, beschränkt sich der Agrarhaushalt weitgehend auf die Anpassung an den Klimawandel. Wir brauchen Tierschutz in der

Landwirtschaft. Eigentlich ist es ein Unding, überhaupt darauf eingehen zu müssen. Die Berichte über die Mängel in der Haltung haben die Grenzen des Erträglichen schon längst überschritten. An der Art der Tierhaltung kristallisieren sich alle Probleme unserer Landwirtschaft: Klimaschutz, Tierschutz, Wasserschutz und Naturschutz. Das scheint eine Mammutaufgabe zu sein. Sicher ist das ein langer und arbeitsreicher Weg. Mit einem Agrarhaushalt, der in einem Jahr 1,4 Milliarden Euro ausgibt, ließe sich wirklich etwas bewerkstelligen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Ökologisierung der Landwirtschaft und eine Stärkung des ökologischen Landbaus. Dort passiert jedoch viel zu wenig. Die Mittel für die Titelgruppe 95 "Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus" haben sich nicht erhöht. Sie liegen seit dem Jahr 2014 bei 2,5 Millionen Euro. Der SPD-Kollege hat bereits angesprochen, dass sich in diesem Zusammenhang die Frage stellt: Wie ernst ist es der Regierung damit, den Anteil des ökologischen Landbaus bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine politische Ausrichtung schlägt sich im Haushalt nieder. Die politische Ausrichtung dieses Haushalts ist ein "Weiter so" und ein "Augen zu und durch". Die politische Ausrichtung dieses Haushalts lässt die Bäuerinnen und Bauern im Stich. Dieser Haushalt stiehlt sich aus der Verantwortung. Viele Bäuerinnen und Bauern sind verunsichert, weil die Landwirtschaft nicht mehr zum Leben reicht. Trotz steuerlicher Förderung, Beihilfen und Privilegien funktioniert die Landwirtschaft als Beruf und zur Sicherung des Unterhalts nicht mehr. Im Jahr 2015 sind die Gewinne der Bäuerinnen und Bauern im Vergleich zum Vorjahr um 19 % gefallen. Übrigens mussten Bio-Landwirte diese Einbußen nicht hinnehmen. Deshalb brauchen wir andere Schwerpunkte und eine Umschichtung im Haushalt.

Nehmen wir noch einmal die Gewinneinbußen der Bäuerinnen und Bauern in Höhe von 19 %. Im selben Zeitraum brummt der Agrarexport. Der Umsatz hat im Jahr 2015 um 6,4 % zugenommen. Bayern fördert diese Exportstrategie über das Agrarmarketing und Messeauftritte mit 6 Millionen Euro jährlich. Für Auftritte auf dem Weltmarkt

werden 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, obwohl die Weltmarktpreise die Landwirtschaft daheim ruinieren. Wir halten diese Förderungen nicht für sinnvoll und würden deshalb jedes Jahr 5 Millionen Euro streichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns muss eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft auch Klimaschutz betreiben. Es nützt nichts, jetzt noch zehn Jahre zu forschen. Wir müssen endlich in die Praxis gehen und Pilotprojekte anstoßen. Wir müssen die Moore für den Klimaschutz nutzen. Denkbar wäre eine Moorlandwirtschaft mit extensiver Weidenutzung oder mit Kurzumtriebsplantagen zur Energiegewinnung. Klimaangepasste Nutzungen von Niedermooren fehlen im Agrarhaushalt völlig, obwohl Niedermoore erheblich zum Ausstoß von Klimagasen in der Landwirtschaft beitragen. Landwirtschaftlich bewirtschaftete Moore bilden ungefähr 5 % der Landwirtschaftsfläche ab, sind jedoch für 50 % der Treibhausgasemissionen aus der landwirtschaftlichen Bodennutzung verantwortlich. Wir fördern den Ansatz einer klimafreundlichen Niedermoorbewirtschaftung mit insgesamt 4 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das steht leider nicht in eurem Haushalt.

(Angelika Schorer (CSU): Im Umwelthaushalt!)

Umweltschutz, Tierschutz, Klimaschutz und Wasserschutz: Die Bäuerinnen und Bauern sind dazu bereit, die bayerische Gesellschaft übrigens auch. An Ihnen liegt es, die Ausrichtung der Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Eine Umschichtung an den richtigen Stellen wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Damit müssen wir im Haushalt beginnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Sengl, Sie haben uns Überheblichkeit vorgeworfen. Ich habe Sie hier reden gehört, wie Sie Landwirte in Bayern pauschal unter Generalverdacht gestellt haben. Das war überheblich!

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen genau, dass unsere junge landwirtschaftliche Generation noch nie so gut ausgebildet war. Gewässerschutz, Klimaschutz und all diese Aspekte nehmen heutzutage in der Ausbildung einen ganz prominenten Stellenwert ein. Daran wird auch gearbeitet. Niemandem bringt es etwas, wenn Sie ständig zwischen dem ökologischen Landbau und der konventionellen Landwirtschaft polarisieren. In Bayern gibt es die gute fachliche Praxis. Deshalb dürfen Sie nicht immer so tun, als ob alles verseucht und verschmutzt würde, was in landwirtschaftliche Hände gerät.

Ich bitte Sie darum, diese Behauptungen zurückzunehmen. Sie haben draußen keinen guten Ruf, weil Sie ständig derartige Kommentare loslassen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Frau Kollegin Brendel-Fischer, es freut mich, dass Sie so auf meinen Ruf bedacht sind.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ja, bin ich!)

Wichtiger als mein guter oder schlechter Ruf sind mir aber unsere Lebensgrundlagen. Es tut mir leid: Ich halte es schon fast für naiv, zu sagen, in der Landwirtschaft würde alles glatt und richtig laufen. Dem ist nicht so; denn sonst hätten wir kein Verfahren wegen der Düngeverordnung, wir müssten die Wasserrahmenrichtlinie nicht auf das Jahr 2021 verschieben usw. Woher kommt denn das? Ihr macht vor den Problemen

die Augen zu! Das schadet den Landwirten mehr als unsere Haltung, die ihnen Lösungen anbietet!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Unsere nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wittmann. Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Haushalt für Landwirtschaft vor. Lassen Sie mich gleich einen Bogen zum vorhergehenden Haushalt schlagen, den wir bereits verabschiedet haben. Wir haben in der Land- und Forstwirtschaft mit 156 Milliarden Euro gut 14 % aller Umsätze, die in Bayern im vor- und nachgelagerten Bereich erzielt werden. Das bedeutet, jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt von der Land- und Forstwirtschaft ab. Damit ist Bayern der Agrar- und Forststandort Nummer 1 in Deutschland. Vor allem aber wird dadurch bewiesen, dass unsere Landwirtschaft in einem so gedeihlichen Zustand ist, dass sie diesen Wirtschaftsfaktor für Bayern darstellt. Darauf können wir sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Erfolg verdanken wir der bisherigen Landwirtschaftspolitik. Vor allem aber verdanken wir diesen Erfolg den sehr stabilen und robusten Familienbetrieben, die sehr flexibel reagieren können und die, anders als große industrielle Betriebe, wie sie in anderen Bundesländern vorherrschen, für die Landschaftspflege einen ganz enormen Beitrag leisten. Heute früh haben wir gesehen, dass Bayern das sicherste Land ist. Soeben haben wir gesehen, dass Bayern das wirtschaftlich erfolgreichste Land ist. Jetzt zeigt sich, dass Bayern auch das schönste Bundesland ist, das es in Deutschland gibt. Da wollen die Menschen hin. Dafür danken wir auch unseren Landwirten; denn durch ihren Einsatz, der nicht nur dem eigenen Einkommen und der Vermarktung dient, sondern auch dem Erhalt unserer schönen Landschaft, machen sie dieses möglich.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern liegt die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe bei 30 Hektar. Die durchschnittliche Schlaggröße liegt bei 1,7 Hektar. Genau diese Vielfalt ist es, die unser Bayern so lebenswert macht. Dadurch wird aber auch unsere Landwirtschaft so erfolgreich, weil wir damit die Fruchtfolgen ganz anders bestimmen können, als das in anderen Ländern der Fall ist.

Meine Kollegin Angelika Schorer hat die Eckdaten dieses Haushalts bereits ganz hervorragend dargestellt. Lassen Sie mich aber noch auf einen Punkt eingehen: Dieser Haushalt ist nicht nur sehr gut und solide aufgestellt. Wir haben in diesem Haushalt auch die Besonderheit, dass 50 % der Gesamtausgaben in Form von Fördermitteln an die landwirtschaftlichen Betriebe zurückfließen. Dies zeigt, welchen großen Schwerpunkt die Bayerische Staatsregierung darauf legt, unsere Bauern zu unterstützen und zu fördern, um die Land- und Forstwirtschaft in Bayern zu erhalten. Darüber hinaus fließen noch Mittel aus europäischen Programmen, zum Beispiel aus dem ELER-Programm. Hinzu kommen Direktzahlungen aus der EU in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, die in unserem Haushalt noch nicht einmal erfasst sind. Ich glaube, die bayerische Landwirtschaft befindet sich im Hinblick auf die Förderquoten in einer guten Situation. Natürlich wollen wir noch Weiteres tun.

Lassen Sie mich noch auf einige Punkte zu sprechen kommen, die meine Kollegin noch nicht angesprochen hat. Zunächst habe ich mich sehr gefreut, dass ich fraktionsübergreifend feststellen konnte, dass Ihnen unsere Bienen am Herzen liegen. Die Imkerei ist in der Tat nicht nur eine Liebhaberei, sondern einer der wichtigsten Faktoren für unsere Landwirtschaft. 80 % aller heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind davon abhängig, dass sie von Bienen bestäubt werden und sich dadurch weiterentwickeln können. Nur durch die flächendeckende Bestäubung ist das Ernteaufkommen bei Obst und Gemüse und anderen Früchten möglich. Nur so kommen wir zu der Artenvielfalt, die Bayern auszeichnet. Deswegen haben wir noch weitere Mittel eingestellt, nämlich in jedem Jahr 200.000 Euro zusätzlich zu den bereits eingestellten 1,2 Millio-

nen Euro. Damit liegen wir bei der Förderung bundesweit an der Spitze. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, hinzu kommen EU-Mittel für die Imkerei. Wir haben eine hervorragende Dichte an Förderprogrammen und Fortbildungen zum Thema der Varroamilbe. Wo die Bienen bedroht sind, sind wir ganz nah dran und versuchen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Die Wildlebensraumberatung, die Angelika Schorer schon angesprochen hat, ist sehr erfolgreich. Langer Rede kurzer Sinn: Die Bienen sind bei uns, und das Gott sei Dank über alle Fraktionsgrenzen hinweg, in ganz guten Händen.

Die Herren vor mir und Frau Sengl haben das Thema Ferkelkastration angesprochen. Damit sich die Herren im Hause wieder ein bisschen entspannen können, rede ich jetzt über die Unterstützung der Ferkelerzeuger. Ich halte es für richtig, dass wir die Ferkelerzeuger stützen; denn sie hatten in der Tat im letzten landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahr Umsatzeinbußen von 15 bis 28 % hinnehmen müssen. Es hat Sinn, dass wir versuchen, unsere Landwirte zu stützen, damit sie dabei bleiben und wir unsere Ferkel selbst erzeugen können; denn dies sind wahrscheinlich die gesünderen Ferkel, die wir dann für den Verzehr zur Verfügung haben. Wir stocken die Tierseuchenkasse um 3 Millionen Euro auf, um zumindest im Jahr 2017 eine Abfederung zu erreichen. Wir werden sehen, was wir noch weiter tun können. Das ist eines unserer Herzensanliegen. Hier werden wir dranbleiben.

Noch gar nicht erwähnt wurde ein Thema, das in den letzten Tagen für Schlagzeilen gesorgt hat. Wir wollen unser Landgestüt in Schwaiganger, das für uns ein ganz wichtiges Standbein ist, weiterführen. Wir wollen die Bundesmittel abziehen, die dafür zur Verfügung stehen. Das ist aber nur möglich, wenn wir in der entsprechenden Größenordnung selbst Unterstützung leisten. Wir setzen deshalb 5 Millionen Euro ein, um weitere 5 Millionen Euro vom Bund zu bekommen. Damit können wir einen Stützpunkt

wiederaufbauen, der gelitten hat. Die Gebäude bilden eine wunderbare Anlage, weisen aber einen hohen Sanierungsbedarf auf. Wir können dort Ausbildungsstätten schaffen. Heute gibt es dort bereits die Ausbildung zum Pferdewirt und zum Hufschmied. Wir können dort aber noch weitere Ausbildungsstätten zum Thema Tierzucht schaffen. Wir alle wissen, Tierzucht ist entscheidend dafür, dass die Tiervielfalt erhöht und die Tiergesundheit verbessert werden kann. Dadurch wird das Produkt "Tier" insgesamt verbessert. Deswegen wollen wir in Schwaiganger die Zucht von Warm- und Kaltblütern fördern. Diese Mittel sind sehr gut angelegt und stehen Bayern sehr gut zu Gesicht.

(Beifall bei der CSU)

Im Laufe dieses Tages wurde mehrfach die Alpenstrategie angesprochen. Das ist ebenfalls ein Herzensanliegen. Wir sprechen sie aber nicht nur an, sondern wir tun auch etwas dafür. Deshalb stellen wir etwa 900.000 Euro für zwei Projekte im Rahmen der Zukunftsstrategie zur Verfügung. Darauf sind wir stolz. Am Ende des Tages ergänzen wir damit die Alpenmodellregionen, mit deren Förderung wir begonnen haben. Dieser Wettbewerb bezieht sich auf vier verschiedene Regionen, die sich bis nach Südtirol erstrecken. Das ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit, die nirgendwo so gut wie im Alpenraum angelegt ist.

Damit komme ich zu einem Thema, das Sie angesprochen haben, nämlich zu den Labels. Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, die Verbraucher zu verunsichern, indem wir sie mit vielen Labels überfrachten. Im Rahmen dieser Alpenmodellregionen sind auch die Landwirtschaftserzeugnisse aus dem Bergland eingeschlossen. Dafür gibt es bereits ein EU-Label. Hier haben wir eine Ergänzung zu diesem Marketingverfahren, das uns gut zu Gesicht steht und womit wir im Rahmen dieser Alpenmodellregionen gut zurechtkommen.

(Beifall bei der CSU)

Auf die Berglandwirte haben wir, wie die meisten von uns, ein besonderes Augenmerk. Wir möchten, dass die Berglandwirte in ihren Regionen überleben können, dass sie mit ihren Produkten auf dem Markt Erfolg haben, damit sie die Berglandschaft weiter fördern und pflegen können. Deshalb wollen wir die Direktvermarktung der Lebensmittelspezialitäten, aber auch gesundheitsorientierte Angebote auf Urlaubshöfen und erlebnisorientierte Angebote stützen. Wir wollen, dass es einen auskömmlichen Ertrag gibt und eine bessere Einflechtung in die regionalen Tourismuskonzepte. Es hat deshalb Sinn, dass wir den Agrotourismus mit weiteren 300.000 Euro fördern. Ich glaube, hier tun wir etwas Gutes für unsere Berglandwirte.

Ich möchte auch noch kurz die anderen Aktionsprogramme ansprechen, die teilweise schon genannt worden sind, wenngleich offenkundig nicht ganz auf der Höhe der Zeit gesagt wurde, wie viel hier einfließt. Ich darf das Aktionsprogramm "Gewässerschutz" nennen, in dem wir zur Verstärkung einer gewässer- und ressourcenschonenden Landbewirtschaftung in den Jahren 2017 und 2018 noch einmal je eine Million Euro zusätzlich bereitstellen werden. Wir werden den Investitionsfonds "Digitale Landwirtschaft" noch einmal aufbessern. Hierfür sind erneut zwei Mal eine Million Euro zusätzlich vorgesehen. Das sind Impulse für die Land- und Forstwirtschaft, von denen ich glaube, dass sie sehr, sehr wichtig sind. Zum Thema Wald wird, so nehme ich an, unser Staatsminister noch einige Worte verlieren; denn die Weiterentwicklung des Waldes ist ihm, wie ich weiß, ein besonderes Anliegen. Es geht darum, den Wald so umzuwandeln, dass er den Klimaveränderungen standhalten kann. Das geschieht beispielsweise durch die Förderung der Plenter-Bewirtschaftung. Die Gesundheit des Waldes soll damit in sich gestützt werden. Auch hier haben wir für die nächsten zwei Jahre zwei Mal eine Million Euro eingestellt, sodass wir das tun können.

Nun noch kurz zur Personalpräsenz im ländlichen Raum. Mit den acht Stellen am Kompetenzzentrum in Kulmbach, dem Sitz in Triesdorf und den Kompetenzzentren in den anderen Regionen, wie beispielsweise Straubing sind wir in die Breite gegangen und haben dafür gesorgt, dass die Landwirtschaft ein breites Thema bleibt und sich

nicht an einzelnen Stellen konzentriert. Schließlich haben wir noch zur Nachwuchssicherung 40 Stellen für Anwärter geschaffen, 26 im Forst und 14 in der ländlichen Entwicklung. Meine Damen und Herren, ich glaube, auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich am Schluss noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, dass unser Staatsminister die geplante Abbauverpflichtung an Stellen in der ländlichen Entwicklung reduzieren konnte. So mussten wir 20 Stellen weniger abbauen, und diese stehen uns nun zusätzlich zur Verfügung.

(Horst Arnold (SPD): Verschoben!)

Ich glaube, auch darauf können wir sehr, sehr stolz sein. Schließlich und endlich haben Sie noch die Frage der Ausbildung in den landwirtschaftlichen Schulen und ähnlichen Einrichtungen angesprochen. Hierzu darf ich Ihnen sagen: Wir haben bereits 20 neue Stellen für Referendare und Anwärter geschaffen und 20 weitere stehen jetzt zur Verfügung. Mithin sind dies 40 neue Ausbildungsstellen für Referendare, so dass der Lehrkräftebedarf ganz ohne Probleme bewältigt werden kann. Wenn ich mir vorstelle, dass wir hier einen Unterrichtsausfall von 0,2 % haben, dann denke ich, so manche andere Unterrichtsart würde sich freuen, wenn es nur so wenig wäre. Ich glaube, auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Damit werden wir die Schulen gut stützen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in Zusammenfassung dessen, was wir hier kurz ansprechen konnten – die Zeit reicht nicht für mehr –, möchte ich sagen, Bayern entwickelt sich mit seiner Land- und Forstwirtschaft traditionell, aber auch modern. Wir gehen nach vorn. Wir bauen unser Land weiter, wir bauen es so weiter, dass es schön ist. Wir bauen es aber auch so, dass die Bauern nachhaltig unterstützt werden und diese

auch viel bei unserer Landschaftspflege tun können. Damit ist Bayern mit unseren Bauern eine Heimat mit Zukunft, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Wittmann. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Häusler gemeldet. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Wittmann, Sie haben vorhin die Zukunft der Ferkelerzeugung in Bayern und die Versorgung mit guten, gesunden Ferkeln für unsere heimischen Mäster angesprochen. Sie haben sie damit in Verbindung gebracht, dass Zuschüsse zur Sozialversicherung gezahlt werden. Das ist ein rühmlicher Ansatz, selbstverständlich. Wissen Sie aber, dass noch vor zehn Jahren jährlich aus den bayerischen Ferkelerzeugerbetrieben zwei Millionen in die norddeutschen Veredelungsgebiete gegangen sind, weil wir Überschuss hatten? Wissen Sie, dass wir zurzeit eine Eigenversorgung von knapp 65 % haben? Wissen Sie, dass das in Kürze in Richtung 50 % geht? Wissen Sie, dass wir im letzten Jahr 15 Millionen Ferkel aus Dänemark und aus den Niederlanden eingeführt haben? Wissen Sie, dass die Kastration dort auch 2019 und 2020 nicht auf der Agenda steht? Wissen Sie, was das für die kleinteiligen bayerischen Betriebe bedeutet? Wenn hier unter Umständen getrennt geschlechtlich gemästet wird, dann kann letztendlich gar keiner mehr diese Betriebe bedienen; denn wir brauchen einheitliche Herkünfte für die einheitliche Mast aus hygienischen und gesundheitlichen Gründen. Wissen Sie auch, dass dann auch unsere heimischen Metzger, die dann vielleicht nur weibliche Tiere kaufen können, aufgrund dieser Entwicklung gar keine Chance mehr haben, weil sie diese Tiere hier gar nicht mehr angeboten bekommen? – Das ist doch ein Schritt in die falsche Richtung.

Ich darf Ihnen sagen, dass mein Antrag aufgrund einer Initiative von zwei Kreisobmännern gestellt wurde, die beide Mitglied der CSU sind. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Rukwied hat diesen Ansatz und meinen Antrag damals öffentlich ausdrücklich gelobt. Wissen Sie das?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Häusler, diese Zahlen sind mir bekannt. Ich gebe Ihnen recht, dass das unerfreulich ist. Das hat wohl jeder hier im Haus so gesehen. Ich darf aber sagen, dass weder von Ihnen noch von irgendeiner der Oppositionsfraktionen ein zielführender Antrag zur Unterstützung der Ferkelerzeuger kam. Deswegen ist das eine erste Maßnahme, um überhaupt in diese Richtung gehen zu können. Wir wollen mit einem ersten Schub einen Ausgleich schaffen. Gut, dass Sie das erwähnt haben; denn nun kann ich auf etwas eingehen, was ich vorhin in der Kürze der Zeit nicht mehr ansprechen konnte. Ich wollte nämlich noch auf die von Frau Sengl angesprochene Frage des Marketings im Export eingehen. Frau Sengl, ich bin selbstverständlich froh, wenn unsere Landwirte auch aus dem Export ein Einkommen erzielen können. Es ist gut, dass wir dieses Marketing mit sechs Millionen Euro fördern. Sie wissen, die EU begrenzt, inwieweit wir unsere Bauern mit Marketingmaßnahmen unterstützen können. Wenn wir auf diese Art und Weise unsere Bauern stützen können und überall dort, wo wir einen Überfluss haben, ins Ausland exportieren können, um die Einkommen aufzubessern, dann ist das das Beste, was wir für unsere Bauern tun können. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Wittmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, am 30. Mai dieses Jahres waren wir gemeinsam in Irsee bei Christian Neth, der uns mit anderen Erzeugern die Probleme eines selbständigen Unternehmers dargestellt hat. Wir hier im Bayerischen Landtag sind dafür zuständig und verantwortlich, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten die Probleme dieser Unternehmer lindern, beheben und, wie das Herr Kollege

Strobl zu Recht angesprochen hat, eine kleinbäuerliche, eigentümergeprägte Landwirtschaft erhalten. Der Trend geht aber leider in die falsche Richtung. Es sind aber Unternehmer. Was aber brauchen Unternehmer? – Unternehmer brauchen zunächst einmal nicht, dass man sie ständig gängelt und mit überflüssigen und misstrauischen Vorschriften überzieht. Sie brauchen auch kein TTIP. Gott sei Dank ist dieser Kelch nun an uns vorübergegangen. TTIP ist gesundheits- und qualitätsfeindlich und schafft einen unfairen Wettbewerb. Die Landwirte – und das sage ich ganz bewusst, weil immer die Frage nach Gegenfinanzierungen gestellt wird – tragen dazu bei, dass sich die Einnahmesituation unseres Haushalts sehr erfreulich darstellt. Dazu müssen sie aber Geld verdienen, und dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Sie tragen aber auch dazu bei, dass die Ausgabensituation nicht explodiert; denn sie sind in erstklassiger, ja in exzellenter Weise Umweltschützer vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen es ausdrücklich ab, die Unternehmer in gute und schlechte zu unterteilen. Die schlechten sind natürlich die konventionellen Landwirte, die guten, die ökologisch wirtschaftenden. Nein, wir wollen beide Formen haben. Wir wollen beiden Formen die Chance geben, gut zu wirtschaften und Geld zu verdienen. Dazu gehört es aber auch – und das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass man sich über Baurechtsregeln Gedanken macht. Was hier auf Bundesebene zum Bauen im Außenbereich angedacht wird, ist für die Landwirtschaft nicht förderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Auch der Vollzug hier im Freistaat Bayern nimmt manchem Landwirt die Chance, in den Außenbereich auszusiedeln.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wer ist denn der Landwirtschaftsminister?)

Er kann seinen Betrieb nicht im Außenbereich aufbauen und damit dem Ort neue Chancen für eine dörfliche Struktur eröffnen.

Lassen Sie mich als Letztes noch ein Stichwort sagen: Wir brauchen keinen Nationalpark im Alpenraum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das möchte ich deutlich an die Adresse der CSU sagen, weil dort der eine oder andere solche Gedanken geäußert hat. Den brauchen wir wahrlich nicht. Wir haben gute Landwirte und gute Forstwirte. Diese gilt es zu unterstützen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Das müssen wir mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln tun. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist der Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die immer zahlreicheren Wetterextreme infolge der zunehmenden Erderhitzung verursachen immer höhere volkswirtschaftliche Schäden, auch bei uns in Bayern. Deshalb müssten Klimaschutz und Klimaanpassung eine zentrale Zukunftsaufgabe der Staatsregierung sein, um Schaden von unserem schönen Bayern abzuwenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere bayerischen Wälder als Lieferanten für den wunderbar nachwachsenden Rohstoff Holz können einen Teil zur Lösung, zum Klimaschutz beitragen. Aber die Wälder sind nicht nur Teil der Lösung, sondern vor allem auch Opfer des Klimawandels und der Klimakrise. Die extreme Dürre im Hitzesommer 2015 hat tiefe Spuren in unseren bayerischen Wäldern hinterlassen. Das bestätigt auch die Kronenzustandserhebung. Mittlerweile ist fast jeder dritte Baum in Bayern deutlich geschädigt. Der Wassermangel hat dazu geführt, dass die Bäume weniger gewachsen sind und unsere Wälder

deutlich weniger Holz produziert haben. Allein das Extremereignis Hitzesommer 2015 hat bei uns und den bayerischen Waldbesitzern einen volkswirtschaftlichen Schaden von 500 Millionen Euro verursacht.

Nachdem dem Wald im letzten Jahr das Wasser ausgegangen ist, drohen ihm jetzt auch noch die Förster auszugehen. Ihre verfehlte Personalpolitik ist dafür verantwortlich, dass in der Forstverwaltung ein regelrechter Kahlschlag stattgefunden hat. Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2016 wurden 485 Stellen in der Forstverwaltung eingespart. Während für den Umzug des Gesundheitsministeriums, also für blanke Symbolpolitik, einfach mal so locker-flockig 90 Stellen geschaffen werden, droht in der Forstverwaltung ein weiterer Kahlschlag, sollten noch weitere 68 Stellen geplündert werden.

Wir haben uns in der Debatte in den letzten Monaten mit der Zukunft der Kommunalwaldbeförderungen auseinandergesetzt. Zahlreiche Kommunalwaldbesitzer und Bürgermeister in Unterfranken wünschen, in Zukunft von der Forstverwaltung weiter bewirtschaftet zu werden. Aber aufgrund der verfehlten Personalpolitik steht das Personal dafür nicht mehr zur Verfügung. Jetzt haben Sie mehr oder weniger die Entscheidung in das Jahr 2019, also auf die Zeit nach der Landtagswahl, geschoben. Aber Ihnen droht mit Sicherheit schon an der nächsten Stelle wieder Ungemach; denn die Berater für die forstlichen Zusammenschlüsse sollen in Zukunft auch wegfallen. Dazu liegen mir nicht nur Schreiben vor, sondern ich habe auch in zahlreichen persönlichen Gesprächen von vielen Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzerverbänden den dringenden Hilferuf vernommen, dass wir uns dafür stark machen sollen, dass diese Stellen in Zukunft weiter erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema Schutzwaldsanierung ist auch nach jahrzehntelangem intensivem Einsatz noch lange nicht am Ende angekommen. Wir müssen deswegen in Zukunft weiter in unsere Bergwälder investieren, damit sie ihre Schutzfunktionen weiterhin erfüllen kön-

nen. Deswegen muss die Bergwaldoffensive fortgeführt werden. Dafür muss dauerhaft fest angestelltes Personal zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Umbau labiler Nadelholz-Monokulturen hin zu stabilen, gesunden, naturnahen Mischwäldern wird noch eine ganze Förstergeneration beschäftigen. Tatsächlich leisten Sie diese staatliche Daueraufgabe seit vielen Jahren nur noch mit befristet tätigem Personal, weil Sie die dauerhaften Planstellen gestrichen haben. Ich finde, das ist eine Katastrophe. Für die öffentliche Hand schickt es sich nicht, Daueraufgaben mit befristetem Personal zu bewältigen. Deswegen muss der Kahlschlag in der Forstverwaltung gestoppt werden. Die befristeten Stellen müssen in feste Planstellen umgewandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Orkan Niklas Anfang letzten Jahres, das Trockenjahr und die aktuelle Borkenkäfersituation haben dazu geführt, dass unsere Privatwaldbesitzer zunehmend staatliche Förderung in Anspruch nehmen müssen und in Anspruch nehmen. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres ist deswegen die Zahl der Förderanträge um 130 % gestiegen. Mittlerweile sind die Kassen leer. Bereits seit Jahresanfang 2016 ist in der Schatulle für die Privatwaldförderung Ebbe. Und so sind vom 01.01.2016 bis zum 31.05. dieses Jahres Förderanträge mit einem Umfang von sieben Millionen Euro mit Zahlungsverpflichtung für das nächste Jahr verbeschrieben worden.

Die Situation hat sich seit Mai weiter zugespitzt. Mit einem Schreiben vom 2. August hat Ihr Landwirtschaftsminister mitgeteilt, dass die Bewilligungen von Maßnahmen weiter eingeschränkt werden. Für integrative Waldbewirtschaftungsmaßnahmen, zum Beispiel für bodenschonende Holzbringung, steht überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung. Das heißt, dass man bis zum heutigen Tag im Prinzip schon einen Großteil der Mittel, die im Doppelhaushalt eingeplant werden und nächstes Jahr zur Verfügung stehen, schon verplant hat. Wenn es keine weitere Mittelaufstockung gibt, wird das dazu

führen, dass wir in kürzester Zeit wieder zu einem Förderstopp kommen, mit verheerenden, katastrophalen Signalen. Jetzt brauchen die Waldbesitzer Hilfe, und sie sind bereit für einen Waldumbau. Also müssten wir sie jetzt unterstützen und ihnen die Förderung zusichern können.

Der Bedarf an Waldumbau wird weiter steigen, Herr Minister Brunner. Sie haben doch versprochen: Bis zum Jahr 2020 werden 100.000 Hektar Nadelholz-Monokulturen umgebaut. Ihr Haus hat auf meine Schriftliche Anfrage geantwortet: Damit Sie das Ziel erreichen können, müssten Sie die jährliche Umbaurate von 6.200 Hektar auf 10.000 Hektar, also um über 60 % steigern. Wir brauchen also eine deutliche Mittelaufstockung, damit wir diese Zukunftsaufgaben bewältigen können. Damit unsere bayerischen Wälder über alle Waldbesitzarten hinweg ihre vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen dauerhaft erfüllen können, brauchen wir ausreichend Forstpersonal in der Fläche und ausreichend Fördermittel für die Privatwaldförderung. Deswegen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unseren Anträgen zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Jetzt hat sich noch der Kollege Arnold zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorredner, Kollege Ganserer, hat die Situation des Waldes eigentlich richtig beschrieben. Wir haben die Entfristung dieser Personalhilfemaßnahmen zur Anpassung der Wälder beantragt, und zwar auch unter einem sozialen Gesichtspunkt. Wenn wir den Waldumbau als eine Möglichkeit und als eine Pflichtaufgabe sehen, den Wald im Sinne der künftigen Generationen und der Umwelt zukunftsgerecht zu gestalten, müssen wir diese Aufgabe mit einem Beruf mit Perspektive verknüpfen. Wenn jedes Mal Maßnahmen nur zwei Jahre lang laufen und das Personal hofft, danach eine neue Maßnahme zu finden, um die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, sind das keine Verhältnisse für die dort Beschäftigten, sondern es sind teilweise Zitterpartien.

(Beifall bei der SPD)

Die Försterinnen und Förster, all die Bediensteten, haben es nicht verdient, dass sie auf die Findigkeit des Agrarministeriums und anderer Institutionen hoffen können, dass Maßnahmen gefunden werden, mit denen eine Weiterbeschäftigung möglich ist. Sie alle wissen, dass eine sachgrundlose Befristung rechtlich nicht dauerhaft möglich ist. Einmal ist sie in der Tat noch möglich; aber Sie müssen immer einen neuen sachlichen Grund finden.

Diese Vorgänge sind so wichtig, und diese Herausforderungen haben eine so nachhaltige Bedeutung, dass die Entfristungen in diesem Zusammenhang wirklich an Nummer eins der Agenda stehen müssen, auch aus Ehrlichkeit gegenüber den Beschäftigten, die teilweise ihren Lebensmittelpunkt dorthin verlegen, um ihre Arbeit richtig zu machen. Wie soll denn ein junger Mann oder eine junge Frau, der bzw. die mit 25 von der Ausbildung kommt, bei befristeten Arbeitsverträgen mit der nötigen Zuversicht eine Familie gründen oder sich eine Existenz aufbauen?

Herr Nussel, Sie haben darauf hingewiesen, dass die landwirtschaftlichen Lehranstalten viel auf dem Gebiet der Eiweißforschung tun. Das ist vollkommen richtig. Als ehemaliger Bezirksrat haben Sie Ihre Hausaufgaben richtig gemacht; Sie wissen das noch. Aber gerade die Lehranstalt Triesdorf hat uns wiederholt, nun zum dritten Mal, aufgefordert, Mittel in den Haushalt einzustellen, damit diese Forschung gesichert wird; denn das ist sie nicht. Und Sie haben diese Mittel zum dritten Mal abgelehnt, so dass Sie sich eigentlich wider besseres Wissen verhalten. Das finde ich nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Was die Milchförderung betrifft, haben wir es nach den Ausführungen des Kollegen Schöffel mit einer Trittbrettfahrerei auf einer Draisine zu tun. Wenn Sie zu einem Zeitpunkt, an dem die Milchkrise virulent war, ein umfangreiches Antragspaket gestellt haben wollen, dann ist das zeitlich höchstens im Nachklang, das heißt, sozusagen im Windschatten möglich. Zu einer Zeit, als wir schon über die kommende Krise gespro-

chen haben, haben Sie uns noch als Krisenherbeiredner verunglimpft. Das muss ich schon mal zu Ihrer Bewusstseinsfindung beitragen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Frau Wittmann, Herr Brunner setzt sich selbstverständlich in vielen Bereichen vorbildlich ein und hat manchmal Probleme, diesen Einsatz von der eigenen Fraktion auch entsprechend belohnt zu bekommen. Die Abbauverpflichtung bezüglich der Förster ist nicht gestoppt worden, sondern ist verzögert worden und begegnet uns im Doppelhaushalt wieder. Außerdem, weil das nämlich beim Thema Kommunalwald und beim Thema Kommunalwaldpakt auch angeklungen war, darf ich Ihnen auch sagen: Wir haben einen Kommunalwaldpakt, der den Kommunen Angebote zur Beförderung macht. Wir sind aber nicht sicher, ob der Kommunalwaldpakt bei dieser Haushaltssituation fortbestehen kann. Deshalb ist es bitter notwendig, dass Sie unsere diesbezüglichen Anträge unterstützen.

Zum Kernwegenetz sage ich nur so viel: Man kann es anbieten und man kann es in Regierungserklärungen ausloben. Dann sind die Herolde unterwegs, die in diesem Zusammenhang sagen: Jetzt hammas! Und dann stellen wir fest, dass es wieder an Mitarbeitern bei den Ämtern fehlt und dass es wieder an der Möglichkeit fehlt, sich zusammenzuschließen. Und dann war es also wie so häufig eine Luftnummer, die zwar viel Luft, aber keine gute Luft enthält; dann war es wie so häufig einfach nur eine Anregung von Möglichkeiten, die Sie nicht erfüllen können. Deswegen haben wir auch dazu einen Antrag gestellt, dem ich zuzustimmen bitte.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Für die Staatsregierung erteile ich nun Herrn Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Brunner.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei allen Debattenrednern. Ich unterstelle Ihnen allen ehrliche Absichten, der bayerischen Land- und Forstwirtschaft gute Voraussetzungen für die Zukunft schaffen zu wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön!)

Ich muss allerdings den Rednern der Opposition auch bescheinigen, dass es ein klägliches Versagen war, ernst zu nehmende Defizite bei der bayerischen Agrarpolitik aufspüren zu wollen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Es ist ja auch alles gut! – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich will darauf jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Teilweise waren es Sachverhalte, die in diesem Haus, zumindest im Fachausschuss, ausgiebigst diskutiert wurden. Teilweise waren es Nebenschauplätze, die für die bayerische Land- und Forstwirtschaft nicht von Bedeutung sind. Wenn Sie wünschen, dass ich näher darauf eingehe, können Sie sich hinterher gerne melden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Machen wir gern!)

Aber zunächst möchte ich zu wichtigen Themen kommen. Ich habe den Agrarbericht kürzlich vorgelegt und ich glaube, dass wir uns da einig sind: Die Ergebnisse sind beeindruckend. Der bayerische Agrarstandort hat sich zur Nummer eins in ganz Deutschland entwickelt. Nachdem ein Siebtel aller Umsätze in diesem Sektor erwirtschaftet wird, stellt, wie Sie bereits erkannt haben, die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eine wichtige Säule im ländlichen Raum dar. Ich spreche nicht nur von der Vergangenheit und der Gegenwart. Ich bin stolz darauf, dass derzeit 5.000 junge Menschen eine Ausbildung in Agrarberufen machen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch der beste Beweis dafür, dass hier Zuversicht und Optimismus herrschen, dafür, dass man sich auf die bayerischen Rahmenbedingungen der Agrarpolitik zu Recht verlässt und dafür, dass die jungen Menschen sehr wohl Freude an der Land- und Forstwirtschaft haben und deshalb auch in Zukunft in der Landwirtschaft hochwertige Nahrungs- und Lebensmittel erzeugen wollen.

Außerdem ist es uns trotz aller Unkenrufe gelungen, den Strukturwandel bei uns unterdurchschnittlich zu halten. In den letzten zwei Jahren lag er nur bei 1,1 %. Das ist eine Rekordmarke, ein Tiefstand, den wir trotz der vielen Produktkrisen, die zu meistern waren, noch nie erreicht hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eben auch ein Ergebnis unseres erweiterten bayerischen Weges. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich einmal mehr die Richtigkeit dieser Philosophie erwiesen und herausgestellt. Ich interpretiere den bayerischen Weg einerseits so: Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und zur Nahrungsmittelerzeugung nicht nur in Gunstlagen. Ich möchte ressourcenschonende, nachhaltige und bodenschonende Landwirtschaft auch in Zukunft in Bayern sicherstellen. Mir ist es wichtig, dass wir unsere Ziele mit einem bäuerlichen Leitbild und mit bäuerlichen Familienbetrieben auch in den nächsten Jahrzehnten erreichen können. Ganz entscheidend ist: Nicht die Produktionsausrichtung, nicht der Produktionsumfang, nicht allein die Anzahl der Hektare soll über die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe entscheiden, sondern die Qualifikation unserer Betriebsleitererehepaare soll darüber entscheiden, deren Kreativität und deren Unternehmergeist.

(Beifall bei der CSU)

Das uralte und noch nie richtige Motto "Wachsen oder Weichen" gehört der Vergangenheit an.

(Zuruf von der SPD: Hoffen wir es! Das muss ins Protokoll!)

Ich möchte jedem Betrieb unabhängig von seiner Größe Zukunftsperspektiven eröffnen. Wachsen kann man beileibe in alle Richtungen, und deswegen ist es wichtig, dass wir auch andere Standbeine in Erwägung ziehen und hier eine große Innovationskraft und Kreativität in der Landwirtschaft ermöglicht wird. Ja, wir wissen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen: Volatile Märkte, Zunahme extremer Witterungsverhältnisse, erhöhte gesellschaftliche Erwartungen bezüglich Klimaschutz, Umweltschutz, Bodenschutz, Wasserschutz, Tierwohl oder anderer gesellschaftlich relevanter Entwicklungen. Deshalb will ich den Pakt der Landwirte mit unserer Bevölkerung ganz intensiv und gezielt ausbauen. Ich will die Dialogfähigkeit unserer Bauern erhöhen. Ich will aber auch die Dialogbereitschaft der Verbraucher mit einfordern; denn nur wenn man versteht, hat man auch Verständnis füreinander.

(Beifall bei der CSU)

Ich wähne mich hier durchaus auf einem guten Weg, weil sich die zahlreichen Runden Tische in meinem Ministerium bewährt haben. Ich treffe mich eben nicht nur mit berufsständischen Verbänden, sondern auch mit Verbraucherverbänden, mit Tierschutz- und Umweltorganisationen. Ich versuche also insgesamt, auch gemeinsame Ziele für die künftige Agrarpolitik bei allen gesellschaftsrelevanten Verbänden und Organisationen zu vermitteln. Aber es muss uns nachhaltig gelingen, auch dem Verbraucher den Mehrwert heimischer Lebensmittel- und Nahrungsproduktion sichtbar zu machen. Warum soll der Verbraucher mehr bezahlen als nur den Preis für das Superangebot? Warum soll er mehr für ein heimisches regionales Produkt bezahlen als vielleicht für Importware aus China oder sonst wo?

Wir müssen den Mehrwert nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Verbraucher herausstellen. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich und um die Garantie attraktiver Lebensräume.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Tourismusregionen würden andernfalls veröden usw. usf. Das müssen wir unseren Mitbürgern wieder einmal deutlich machen.

Mein Haushalt umfasst im Großen und Ganzen 1,4 Milliarden Euro. Das ist gegenüber dem Nachtragshaushalt 2016 noch einmal eine deutliche Steigerung; insgesamt stehen jetzt 148 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Ich denke, das ist keine Selbstverständlichkeit angesichts der übrigen Herausforderungen – innere Sicherheit, Integration, Infrastruktur und vieles andere mehr –, die wir bewältigen müssen. Dieser Haushalt bietet den notwendigen Spielraum, um die Einkommen der rund 110.000 Familienbetriebe zu stabilisieren, Belastungen zu reduzieren und Zukunftsaufgaben anzupacken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mir ist es wichtig, dass wir mit verlässlichen Programmen Glaubwürdigkeit und Stabilität in der Agrarpolitik vermitteln. Unser KULAP-Programm, das von Ihnen teilweise schon angesprochen worden ist, hat ein Ausmaß angenommen, um das uns andere Bundesländer nur beneiden können. 260 Millionen Euro können wir in einem Jahr auszahlen. Neben den 110 Millionen Euro, die wir als Ausgleichsprämie bzw. für die Betriebe, die von Natur aus benachteiligt sind, zahlen, sind das oft existenziell notwendige Programme, um die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe zu sichern. Wenn wir beim KULAP um fast 70 Millionen Euro erhöhen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Fragen Sie Ihre Parteifreunde in den anderen Bundesländern. Sie schauen alle neidvoll auf Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wer beklagt, Öko komme zu kurz, dem sei gesagt: 40 % der 260 Millionen Euro erhalten unsere Ökobetriebe. Wir haben 8.100 Ökobetriebe und 100.000 konventionelle Betriebe. Wer spricht da von Benachteiligung? Ich glaube, Sie sollten ehrlich zu sich selber sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auf eines lege ich nach wie vor großen Wert, weil das eigentlich für unsere Agrarpolitik symbolisch ist: Wir wollen Eigenverantwortlichkeit und Freiwilligkeit über das Ordnungsrecht stellen, und der Erfolg gibt uns recht.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Nein!)

Wie groß die vielfachen Herausforderungen sind, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, wird eindeutig in der Waldpolitik sichtbar. Ja, wir wollen klimatolerante Zukunftswälder. Wir können nicht wie in der Landwirtschaft im Frühjahr säen und im Herbst ernten. Was wir hier tun, wirkt sich auf die nächsten zwei Generationen aus, und deswegen ist generationenübergreifendes Handeln besonders wichtig. Wir müssen auch hier mit Augenmaß und Vernunft vorgehen. Aber auch Kontinuität ist beim Waldumbau notwendig. Deswegen haben wir ein Förderprogramm von rund 46 Millionen Euro zur Verfügung – übrigens 6 Millionen mehr als in der Vergangenheit. Wir haben reagiert. Wir wollen ganz bewusst den Zukunftswald, die Bergwaldoffensive und die Waldinitiative Ostbayern fortführen. Ich denke, der Wald ist an und für sich ein Multitalent – für die Tiere Rückzugsraum und für die Menschen Erholungsraum. Aber vergessen wir bitte auch nicht die Bedeutung des Holzes als Baustoff, als Wertstoff, als Brennstoff und als Dämmstoff. In den Diskussionen wird oftmals übersehen, dass es hier um viele Arbeitsplätze geht und dass hier eine Wertschöpfung von 196 Milliarden Euro jährlich erzielt wird. Vielleicht ist auch der eine oder andere von Ihnen dankbar, wenn er eine Holzkonstruktion für sein Einfamilienwohnhaus planen, eine Hackchnitzelheizung oder eine Pelletheizung einbauen oder einen Dämmstoff aus Holz verwenden kann. Holz ist der ökonomischste und ökologischste Baustoff, der zudem vor unserer Haustüre wächst. Deshalb sollten wir bitte neben dem Schützen auch das Nutzen nicht vergessen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Zukunftsaufgabe und große Chance für diesen Sektor sehe ich die Digitalisierung. Mein Ziel ist, dass alle bäuerlichen Betriebe, ob klein oder groß, hier am Fortschritt teilnehmen können. Der Ausspruch "Bei uns fließen nicht nur Milch und Honig, sondern auch Daten" trifft insbesondere für die Landwirtschaft zu. Ich glaube, dass wir hier im Interesse der Arbeitsplätze, des Tier- und Umweltschutzes noch große Möglichkeiten haben. Wir müssen auch den Mut haben, diese Entwicklung bei unseren bäuerlichen Familienbetrieben positiv zu begleiten. Mir ist es wichtig, dass wir im Forschungsbereich über unsere Grenzen hinaus denken. Ich habe erst kürzlich eine Forschungsk Kooperation mit Südtirol und Österreich abgeschlossen. Wir werden in Ruhstorf einen Leuchtturm für unsere Landesanstalt für Landwirtschaft errichten.

Die jüngste Agrarmarktkrise hat auch gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass viele unserer Betriebe – mittlerweile sind es an die 70 % – bereits ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften müssen. Andere Standbeine und Diversifizierung sind wichtige Merkmale unseres bayerischen Weges. Ich glaube auch, dass in der Bioökonomie noch große Wertschöpfungsmöglichkeiten liegen. Sie können mit biogenen Rohstoffen selbstverständlich auch zusätzliches Geld erwirtschaften. Deshalb habe ich ganz gezielt zehn neue Stellen für unser Technologie- und Förderzentrum in Straubing ausgewiesen, weil ich meine, das ist Zukunftspolitik. Wir wollen mit einer Premiuminitiative das Einkommen unserer Landwirte und Betriebe verbessern. Wir wollen in Kulmbach eine Genussakademie errichten. Dann werden wir 100 Genussorte in Bayern direkt herausgreifen. Wir wollen hier auch Verbrauchertrends ernst nehmen.

Ich werde ein Kompetenzzentrum für Hauswirtschaft errichten, weil ich glaube, dass dieser Bereich in den letzten Jahren unterbewertet war. Ich möchte es schaffen, dass unser bayerisches Biosiegel den Durchbruch schafft. Übrigens sind Regio und Bio in Zukunft der Trend schlechthin. Ich will hier neue Wege gehen: statt Anonymität mehr Regionalität.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich fühle mich manchmal nicht nur als Landwirtschaftsminister, sondern auch als Heimat- und Wirtschaftsminister für den ländlichen Raum.

(Zuruf von der SPD: Heimatminister ist ein anderer! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich erkläre Ihnen auch, warum. In meinem Haus sind durchaus Programme und Kompetenzen angesiedelt, deren Nutznießer letzten Endes die Kommunen sind. Wir haben eine Verwaltung für den ländlichen Raum und die ländliche Entwicklung. Wir wollen nicht nur Geld, sondern auch Personal zur Beratung und zur Begleitung der verschiedenen Programme anbieten, und wir wollen die Lebensverhältnisse und die Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessern. Dann kommen wir auch dem selbstgesteckten Ziel nahe, in ganz Bayern möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Es geht hier um Chancengerechtigkeit. Wir haben ganz gezielt noch 23 Millionen Euro draufgesattelt, um dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte auch dem Boden- und Gewässerschutz und der ländlichen Infrastruktur noch einen deutlichen Schub versetzen.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn geistige Schranken fallen, werden kommunale Grenzen zweitrangig. Das ist mein Motto für die Stärkung der Kommunen, für die interkommunale Zusammenarbeit, für Gemeindebündnisse und für die Vernetzung der Kompetenzen, die wir im ländlichen Raum haben. Dafür gebe ich gerne mehr Geld aus. Übrigens haben wir auch hier 14 neue Stellen, um junge Anwärter zu beschäftigen. Wie gesagt, der geplante Personalabbau konnte um 20 Planstellen verringert werden. Das ist doch ein deutlicher Fingerzeig.

(Zuruf von der SPD: Verringert? Nicht verringert!)

Ich glaube, das ist die richtige Trendwende, um dem ländlichen Raum planbare Unterstützung für die Zukunft zu signalisieren.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist einer der erfolgreichsten Agrar- und Forststandorte in Europa, eben weil wir eine verlässliche Landespolitik anbieten können.

Ich werde auch meine bewährten Projekte fortführen, zum Beispiel die bayerische Eiweißstrategie, zum Beispiel "Lernort Bauernhof", zum Beispiel Obst und Schulfrühstück, zum Beispiel unsere Öko-Modellregionen. Da dürfen Sie vonseiten der Opposition durchaus auch einmal klatschen, weil das fürs ganze Land von Vorteil ist.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

– Danke schön. – Ja, Agrarpolitik ist in der Tat Gesellschaftspolitik. Früher wurde der bayerische Weg manchmal belächelt:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Unsere Strukturen seien zu klein und nicht zukunftsfähig. Heute erlebe ich viel Zustimmung in Europa, in ganz Deutschland. Inzwischen kommen sogar Amtskollegen aus dem Norden nach Bayern. In diesem Sommer, im August, war es der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Herr Habeck, der bei seinem Besuch in München gesagt hat: Der bayerische Weg muss doch nicht an Bayerns Grenzen enden. Meine Damen und Herren, das habe ich als Lob empfunden. Aber Sie wollen versuchen, zu kritisieren. Ich bitte Sie, konstruktiv mitzuarbeiten,

(Horst Arnold (SPD): Ja also!)

damit dieser bayerische Weg ein Zukunftsweg bleibt und damit wir uns in Zukunft auch international behaupten können.

Abschließend darf ich ohne Überheblichkeit, aber mit einem gesunden Selbstbewusstsein behaupten: Wer den besten Weg kennen will, wer Orientierung in der Agrarpolitik sucht, der muss nach Bayern fahren und muss sich in Bayern informieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Frommer Wunsch!)

Ich werde diesen Weg weitergehen, darauf können Sie sich verlassen – im Interesse Bayerns und zum Wohle unserer Bauernfamilien.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Jetzt habe ich eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Müller. Bitte schön.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade angesprochen, Sie wollten eine Premiuminitiative für die Direktvermarkter starten. Das haben Sie 2014 in einer Regierungserklärung schon einmal versprochen. Zwei Jahre nach Ihrer Regierungserklärung habe ich das jetzt abgefragt. Da herrschte in Ihrem Ministerium eigentlich ganz große Ahnungslosigkeit, als ich fragte, wie viele Direktvermarkter es denn tatsächlich gibt, wie es aussieht, wo sich die Direktvermarkter befinden und wie es mit der Förderung aussieht. Wie sieht es denn jetzt mit der neuen Initiative aus? Bis wann können wir mit Ergebnissen rechnen?

Sie haben auch eingefordert, dass die Opposition Ihnen einmal applaudieren solle. Das würden wir gerne tun, wenn Sie zum Beispiel unserem Antrag zum Schulfruchtprogramm zustimmen würden. Sie haben ja gerade erwähnt, dass Sie das Schulfruchtprogramm gern weiter ausweiten und fortsetzen möchten. Wir haben schon mehrmals den Antrag gestellt, das Schulfruchtprogramm auf weiterführende Schulen und auch auf Kinderkrippen auszuweiten. Wenn Sie das tun, dann spenden wir auch Applaus.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Kollegin Müller, nach dem Motto "Alles ist gut, aber es könnte ein bisschen mehr sein"

(Ruth Müller (SPD): Genau!)

richtet man sich anscheinend als Oppositionspolitiker. Natürlich würde ich gerne alles anbieten: Obst nicht nur an einem Tag, sondern jeden Tag, täglich kostenlose Milch und Käseprodukte.

(Zurufe von der SPD: Das wärs! – Der Ministerpräsident hat doch vom Paradies gesprochen!)

Aber irgendwie muss das bezahlt werden. Wissen Sie, es geht in erster Linie darum, Appetit zu machen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Appetit zu machen auf eine gesunde Ernährung, Appetit zu machen auf heimische Produkte, aber nicht darum, alles kostenlos zu verteilen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Das ist das Erziehungsziel dabei.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Sie sprechen den Bereich Premium an: Ja, wir wollen hier noch einmal Gas geben. Deswegen stelle ich zusätzlich bereits zwei Millionen Euro zur Verfügung. Jeder Bauernmarkt, jeder Direktvermarkter bietet nicht nur frische Ware an, sondern leistet einen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit, weil er Informationen weitergeben kann. Ich bin stolz darauf, wenn wir viele regionale Produkte direkt vom Erzeuger zum Verbraucher bringen. Da ist Bayern in der Tat Spitze.

Im Übrigen sollten Sie auch wissen – das habe ich gar nicht angesprochen –, dass ich momentan Gespräche mit Aldi, mit Lidl, mit Edeka, mit Rewe und Real führe. Da geht es um ganz spezielle Dinge, um die Weiterentwicklung unserer bayerischen Betriebe.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Da geht es aber auch um unsere Milchpolitik und um solche Themen, die Sie jetzt im Entferntesten angesprochen haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie können wir mit speziellen Programmen auch die heimischen Produkte entsprechend präsentieren? Erstaunlicherweise sind sich Vertreter dieser großen Lebensmitteleinzelhändler durchaus im Klaren darüber, dass es auch in ihrem Interesse liegt, wenn sie die Werbestrategie regionaler Produkte auch in Zukunft erfolgreich fahren wollen, dass unsere bayerische Struktur mit vielen kleinen Bauernhöfen erhalten bleibt.

(Zuruf von der SPD: Und zu einem anständigen Preis!)

Das mache ich im Hintergrund und hänge es nicht an die große Glocke. Sie können sicher sein, dass ich alles tue, um unsere Inlandsmärkte im Werbe- und Marketingbereich noch besser zu erschließen, unsere Maßnahmen zu optimieren.

Einige glauben aber, das sei ausreichend. Vorhin wurde zum Teil der Export kritisiert – bei 200 % Selbstversorgung bei Rindfleisch, 174 % Selbstversorgung bei Milch, 330 % Selbstversorgung bei Käse. Meine Damen und Herren, wenn ich nur so viel vermarkten soll und will, wie wir in Bayern verbrauchen, müsste ich jedem zweiten Bauern in Bayern sagen, er solle aufhören. Das wollen wir doch nicht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das will kein Mensch! Jedenfalls von uns nicht!)

Deswegen müssen wir Märkte in aller Welt bedienen. Herrn Arnold, Sie waren genauso wie Frau Sengl dabei, als wir vor wenigen Wochen in Japan waren. Auf meine Frage hin, was sich die Japaner von Bayern besonders wünschen, kam die Antwort: an erster Stelle Hopfen und Bier, aber auch bayerischen Wein und bayerischen Käse. Diesem Wunsch sollten wir nachkommen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Also!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 08, und hierzu die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13944 mit 17/13947, 17/13795 mit 17/13806, 17/13930 mit 17/13941 und 17/13904 mit 17/13917 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14627 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14627 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER wird der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenhaltungen? – Keine Gegenstimmen und keine Stimmenhaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14627 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13944 mit 17/13947 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 08 abgeschlossen. Herr Staatsminister, wir geben den Staatshaushalt Ihres Ressorts in Ihre Hände. Es kann weitergearbeitet werden. Vergessen Sie aber nicht, dass das Hohe Haus den Haushalt beschlossen hat. Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall bei der CSU)

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entfristung des Personals für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 428 86)
Drs. 17/13795
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme; Schaffung eines Labels für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Berglandwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 17/13796
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellungen und Kongresse; Tierwohl als Vermarktungsvorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern begreifen!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13797
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der heimischen Eiweißversorgung und Forschungsprojekt zur Förderung des umweltgerechten Mais-Mischanbaus
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 17/13798
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Stärkung des Ökolandbaus, Ausbau der Wasserschutzmaßnahmen, Etablierung einer Förderung der biologischen Maiszünslerbekämpfung, Stärkung des mehrjährigen Energiepflanzenbaus und Schaffung von Tierwohlmaßnahmen im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/13799
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zur Förderung der allgemeinen Landeskultur in der ländlichen Entwicklung
Stärkung der Mittel für den Ausbau des Kernwegenetzes
(Kap. 08 03 Tit. 893 87)
Drs. 17/13800
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 17/13801
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2015
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 17/13802
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Waldumbaus durch Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald sicherstellen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 17/13803

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/13804
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen
Zusätzliches Personal für die Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13805
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen
Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 17/13806
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Försterstellen für den Waldumbau
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und
Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13904
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 428 95)
Drs. 17/13905
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/13906
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Verbundberatung in der Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 683 19)
Drs. 17/13907
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13908
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 683 95)
Drs. 17/13909
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/13910
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zu den Beiträgen der bayerischen Ferkelerzeuger an die Tierseuchenkasse
(Kap. 08 03 Tit. 696 13)
Drs. 17/13911
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 892 95)
Drs. 17/13912

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13913
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Ökomodellregionen
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13914
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte
(Kap. 08 04 Tit. 892 14)
Drs. 17/13915
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Privatwaldförderung nicht vertrocknen lassen
Waldumbau voranbringen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 17/13916
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umsetzung von Stellen für die „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 40 Tit. 428 02,
Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 17/13917
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/13930
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern e.V. (LKV)
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/13931
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 17/13932
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13933
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/13934
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 08 03 Tit. 683 83)
Drs. 17/13935
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/13936

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung Landesmittel LEADER Programm
(Kap. 08 03 Tit. 893 67)
Drs. 17/13937
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel zur Beseitigung von Waldschäden
(Kap. 08 05 Tit. 891 97 und 892 97)
Drs. 17/13938
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Personalaufstockung in den Ämtern für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/13939
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualität der landwirtschaftlichen Ausbildung weiter sicherstellen – zusätzliche Stellen an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13940
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Forstanwärter schaffen!
(Kap. 08 40 Tit. 422 21)
Drs. 17/13941